

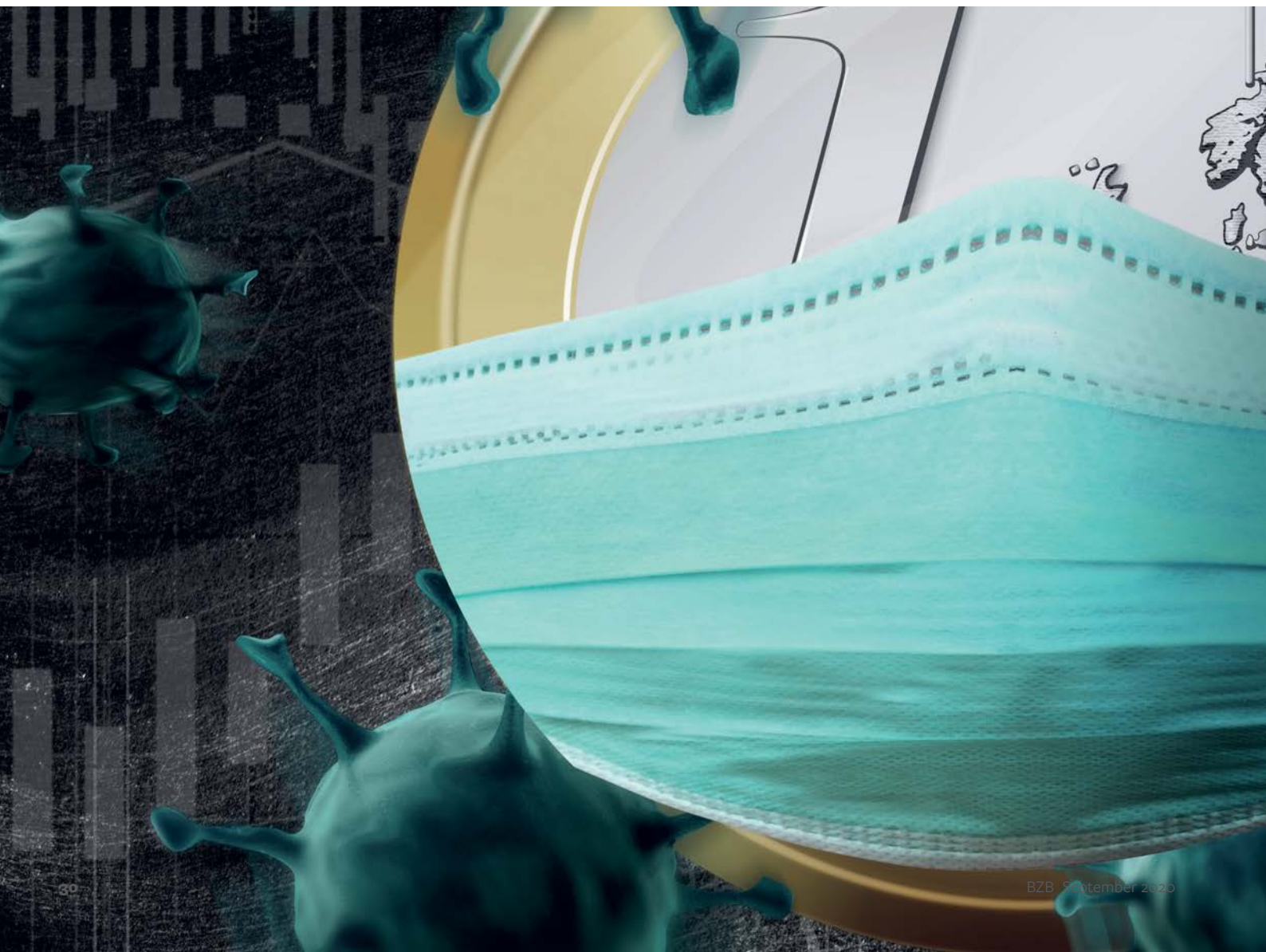
Das Gesundheitswesen hat standgehalten

Zahl der Patientenkontakte normalisiert sich – Weniger Todesfälle als im EU-Ausland

Die Corona-Pandemie hat die ambulante und stationäre Versorgung, aber auch das Patientenverhalten stark beeinflusst. Viele Arzt- und Zahnarztpraxen mussten Kurzarbeit anmelden. Einen Aufwind hingegen bekamen digitale Tools. Videosprechstunden stehen seitdem deutlich höher im Kurs.

Millionen Menschen rund um den Globus haben sich mit „Corona“ infiziert. Wenn man so will, infizierte das Virus im selben Zug gleich die gesamte Weltwirtschaft mit dazu. Ob und wann sich betroffene Branchen von den wirtschaftlichen Einbußen erholen, ist offen. Die deutsche Wirtschaft erlebt „voraussichtlich den stärksten Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik“, sagt Lars Feld dazu, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Be-

gutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftsweisen hatten Ende Juni ihre Konjunkturprognose vom Frühjahr korrigieren müssen, nach der die diesjährige Wirtschaftsleistung wohl um 6,5 Prozent schrumpfen wird. Beobachtbar ist dies seit dem späten Frühjahr: Drohende Geschäftsaufgaben und Firmenpleiten, steigende Arbeitslosenzahlen und vermehrte Kurzarbeit gehören mittlerweile zum Alltag.



Bei einer Krise derartigen Ausmaßes muss man sich auf ein funktionierendes Gesundheitswesen verlassen können. Doch selbst dieses schien irgendwie angeschlagen. Kliniken wie auch Arzt- und Zahnarztpraxen kamen ebenfalls nur noch mithilfe von Kurzarbeit durch die ersten Pandemiewochen. Rund 410 000 ihrer Beschäftigten waren davon betroffen, heißt es im Antwortschreiben der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Politikerin Kirsten Kappert-Gonther. Im Zeitraum März bis Mai 2020 beantragten rund 48 300 Arzt- und Zahnarztpraxen sowie etwa 1 200 Kliniken Kurzarbeit. Der April erwies sich dabei als der schlimmste Monat. Hier hatte sich die Anzahl der Anträge teils um das Sechsbis Neunfache der beiden anderen Monate hinaufkatapultiert. Und dies, obwohl sich Kliniken und Ärzte schon bald unter einen finanziellen Schutzschirm flüchten konnten.

Kurzarbeit trotz Liquiditätsausgleich

Kappert-Gonther sieht hier Aufklärungsbedarf: „Angesichts der Ausgleichszahlungen ist die Zahl der Beschäftigten, für die in Krankenhäusern und niedergelassenen Praxen Kurzarbeit angezeigt wurde, überraschend hoch.“ Dass in der Krise rasch reagiert worden war und nach dem Covid-19-Krankenhauserlastungsgesetz von Bund und Krankenkassen zur Überbrückung größerer Honorareinbußen Ausgleichszahlungen gewährt wurden, sei eine richtige Maßnahme gewesen. Dennoch müsse man alles nun gründlich evaluieren. „Für vergleichbare Situationen muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die Unterstützung aus Steuermitteln passgenau ist und nicht womöglich an den tatsächlichen Bedarfen vorbeigeht.“ Mit anderen

Worten heißt es hierzu im „Handelsblatt“: „Wenn das Personal bereits durch das aus Beitragsmitteln der Arbeitslosenversicherung finanzierte Kurzarbeitergeld abgesichert sei, müssten den Ärzten vielleicht nicht durch Steuermittel noch Umsatzverluste ausgeglichen werden.“

Von derartigen Ausgleichszahlungen konnten die Zahnärzte nur träumen. Für sie war unter diesem Schutzschirm offenbar kein Platz mehr. Ebenso wie die Haus- und Fachärzte hatten zwar auch sie mit personellen Ausfällen, der Absage von Behandlungsterminen und der virustauglichen Umorganisation ihrer Praxis zu tun. Schutzkleidung und Desinfektionsmittel waren wochenlang kaum verfügbar und kosten auch jetzt noch deutlich mehr als vor der Pandemie. Dazu kam die große Sorge vor einer Infektion durch die unmittelbare Nähe zum Patienten bei der Behandlung.

Erst nachdem die Landesvertretungen massiv interveniert hatten, wurde auch den Zahnärzten ein Ausgleich in Aussicht gestellt. Bekanntermaßen geriet dieser zum Flop – letztlich handelt es sich hier nur um Darlehen, die bislang kein Zahnarzt in Bayern beantragt hat. Die Zahnärzte müssen die Krise also aus eigener Kraft bewältigen. Die Körperschaften versuchen, dabei bestmöglich zu unterstützen. So führten BLZK und KZVB im Juni eine bayernweite Informationskampagne unter dem Motto „Jetzt zum Zahnarzt gehen“ durch. Mittlerweile scheint sich die Lage in den Praxen einigermaßen normalisiert zu haben. Darauf deuten die Abrechnungszahlen in den Monaten Juni und Juli hin. Ob die Umsatzeinbußen während des in Bayern geltenden Katastrophenfalls bis Ende des Jahres noch vollständig ausgeglichen werden können, ist offen.

Rückkehr zum Regelbetrieb

Von einer Normalisierung berichtet auch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB). „Nachdem Ende März und im April 2020 erhebliche Einbrüche bei den Arztbesuchen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen waren (Ende



Corona hat die Weltwirtschaft komplett durchgerüttelt. Das deutsche Gesundheitswesen kam vergleichsweise gut durch die Krise, auch wenn viele Arzt- und Zahnarztpraxen Kurzarbeit anmelden mussten.

Foto: JustLife/adobestock.com

März: ca. -25 Prozent; April: ca. -21 Prozent), sind diese im Mai 2020 bereits moderater ausgefallen (ca. -14 Prozent). Im Juni 2020 gab es eine weitere Erholung, welche zum Ende des zweiten Quartals 2020 nur noch geringe Unterschiede in den Arzt-Patienten-Kontakten im Vergleich zu 2019 zeigt. Es verdichten sich die Anzeichen einer langsamen, doch stetigen Rückkehr zum Regelbetrieb. Ermutigend ist dabei der Befund, dass die Patienten nach anfänglicher Zurückhaltung nun wieder die Arztpraxen aufsuchen“, heißt es in einer Pressemitteilung der KVB vom 17. August.

„Zuvorderst geht es darum, das Gesundheitssystem in die Lage zu versetzen, Krankheitsfälle angemessen zu versorgen und die Ausbreitung des Virus mit geeigneten Maßnahmen zu begrenzen“, so die Wirtschaftsweisen in ihrem Frühjahrsgutachten. Dies sei unter anderem mit hinreichenden finanziellen Mitteln für Gesundheit und Prävention, der Aktivierung personeller Reserven und Notkapazitäten oder auch einer verbesserten Datenbasis erreichbar.

Gesundheitssystem hat standgehalten

Das Gesundheitssystem hat den außergewöhnlichen Pandemie-Belastungen standgehalten – trotz Kurzarbeit und personeller Ausdünnung. Laut Statistik auch mit Erfolg: Nach Erhebungen der Johns Hopkins Universität kamen in Deutschland nur elf Todesfälle auf 100 000 Einwohner. Die europäischen Corona-Hotspots Großbritannien, Spanien und Italien weisen hingegen das Vier- bis Siebenfache auf.

Im internationalen Vergleich sei das deutsche Gesundheitswesen ohnehin seit Langem gut aufgestellt, sagt das „Handelsblatt“ und beruft sich dabei auf den Vorstandsvorsitzenden der KBV, Dr. Andreas Gassen. Ihm zufolge seien die niedergelassenen Ärzte die „erste Anlaufstelle“ für Corona-Patienten gewesen, sechs von sieben Patienten hätte man ambulant versorgt. Dies unterscheidet Deutschland von beinahe allen anderen Ländern und habe dazu beigetragen, dass es keine Systemüberforderung gegeben habe. „Das

System flächendeckender ambulanter ärztlicher Versorgung habe Deutschland vor einer Überforderung der Krankenhäuser bewahrt“, wird auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, in der „Augsburger Allgemeine“ zitiert. Die Krankenhäuser wiederum hatten generalstabsmäßig aufgestockt, um Infizierte bestmöglich und von anderen isoliert behandeln zu können.

Dilemma bei medizinischen Fachkräften

Corona hat aber auch den Finger auf die Wunde gelegt und den Fachkräftemangel erneut ins Bewusstsein gerufen. In den meisten Branchen, besonders aber im Gesundheitswesen, im medizinischen Sektor und der Pflege fehlt es an vielen Stellen an geeignetem Fachpersonal. Wenn es um einen derart hoch ansteckenden Virus geht, fällt dies besonders ins Gewicht. Die „FAZ“ berichtet, dass laut einer Analyse des Robert Koch-Instituts (RKI) jeder neunte Infizierte ein Arzt oder eine Pflegekraft gewesen sei. Zahlreiche Ärzte und Pfleger mussten zudem in Quarantäne, da sie in ihrer Praxis, Klinik oder Pflegeeinrichtung Teil der Infektionskette wurden.

In anderen Ländern war dies nicht anders. Erschwerend kommt der Exodus an Fachkräften hinzu, unter dem viele südosteuropäische Länder und der Westbalkan leiden. Deutschland, die Schweiz aber auch nordische Staaten sind für Ärzte und Pflegekräfte aus diesen Ländern seit Langem attraktive Einwanderungsziele. Die meisten ausländischen Ärzte in Deutschland stammen aus Rumänien, schreibt die „FAZ“ und bezieht sich hier auf Statistiken der Bundesärztekammer. Zweistellige Zuwanderungsraten gab es demnach bei Ärzten aus Serbien, dem Kosovo und Nordmazedonien, gefolgt von Bosnien-Herzegowina. Den größten Zuwachs im Gesundheitswesen stellte allerdings Albanien. Hier waren Ende 2019 21 Prozent mehr Ärzte in Deutschland zugelassen als noch im Jahr davor. Eine solche Abwanderung können diese Länder nicht kompensieren. Deutsche Mediziner und Pflegekräfte hingegen zieht es seit Jahren

schon in die Schweiz – auch mit ein Grund, weshalb es hier an Fachpersonal mangelt.

Mit dem „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ schuf die Bundesregierung Anfang 2020 den Rahmen für die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten wie beispielsweise Brasilien oder Mexiko. Doch Corona habe dazu geführt, dass solche Länder jetzt selbst jede medizinische oder pflegerische Fachkraft benötigen, erklärte der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Daniel Terzenbach, gegenüber dem „Handelsblatt“.

Digitalanbieter profitieren

Eindeutig profitiert von der Pandemie haben Anbieter von Video-Sprechstunden. Der Digitalverband Bitkom stellt in seiner aktuellen Erhebung zum Thema „Digital Health“ fest, dass sich die Nachfrage nach Video-Sprechstunden in den Corona-Monaten im Vergleich zum Frühjahr letzten Jahres verdreifacht hat. Insgesamt wären es zwar nur 13 Prozent der Befragten gewesen, doch der Trend ist unverkennbar. Wer sich keinem Ansteckungsrisiko aussetzen, möglichst schnell einen ärztlichen Rat einholen oder Wartezeiten vermeiden wollte, der nutzte diese Möglichkeit. Laut dem aktuellen Trendreport von KBV und dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI) wurden in den beiden letzten Märzwochen über 333 000 Behandlungsfälle mit telefonischer Beratung mehr abgerechnet als noch im Vorjahr. Bei den Video-Sprechstunden gab es ein Plus von rund 127 000.

Die Bedrohungen durch das Virus haben offenbar ganz generell für eine größere Offenheit hinsichtlich digitaler Gesundheitsangebote gesorgt. Laut der Bitkom-Umfrage sind zwei Drittel der Befragten der Ansicht, dass Patienten durch digitale Angebote wesentlich aufgeklärter und informierter wären (65 Prozent), Ärzte und medizinisches Personal könnten wiederum dadurch mehr Zeit für Patienten aufbringen (63 Prozent). 57 Prozent erkennen in der Digitalisierung generell eine große Chance für das Gesundheitssystem.

Ingrid Scholz